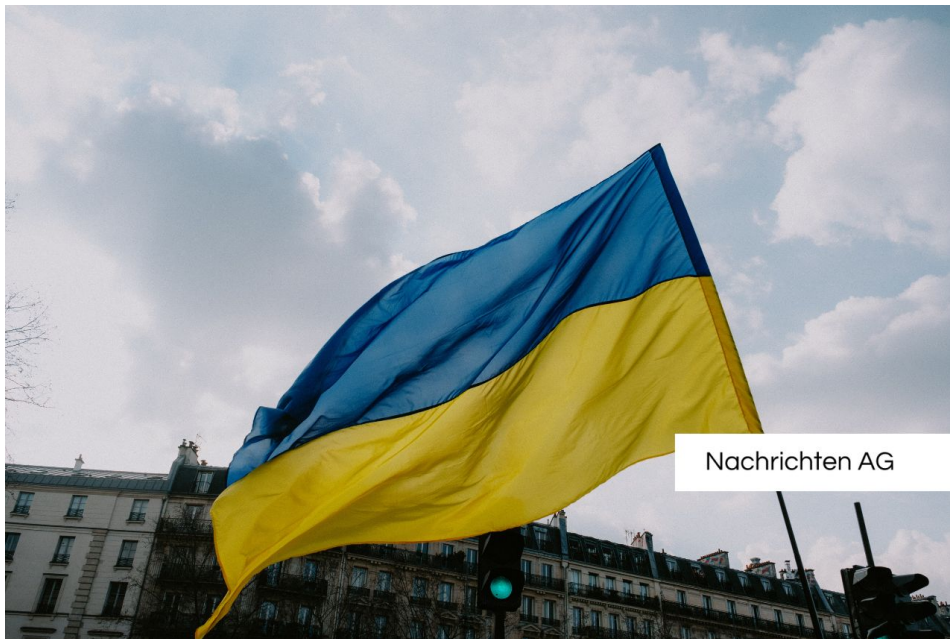


Weniger Plätze für ukrainische Großfamilien: Ein Aufruf zur Hilfe!

Die Bundesländer in Österreich zeigen rückläufige Bereitschaft zur Aufnahme von ukrainischen Großfamilien. Aktuelle Entwicklungen zur Familienbeihilfe und Asylanträgen.



Wien, Österreich - Die Situation für ukrainische Vertriebene in Österreich wird zunehmend komplizierter, da die Bereitschaft der Bundesländer, Neuankömmlinge aufzunehmen, rückläufig ist. Monatlich kommen etwa 1.000 bis 1.200 Personen aus der Ukraine nach Österreich, doch der Unmut über die Ankunft von Großfamilien wächst. Dies betrifft insbesondere Familien, die oft kein Ukrainisch oder Russisch sprechen, was ihre Integration erschwert. Jüngst sind in Wien zwei Familien mit insgesamt 26 Mitgliedern eingetroffen, was weitere Besorgnis auslöste, wie die **Kleine Zeitung** berichtet.

Aktuell leben etwa 33.400 ukrainische Bürger in der

Grundversorgung, wobei rund ein Drittel dieser Personen in Wien untergebracht ist. Zusammen mit Niederösterreich zählt die Region etwa 20.000 ukrainische Vertriebene. Viele von ihnen möchten in der Hauptstadt verbleiben, was die vorherrschenden Spannungen verstärkt.

Familienbeihilfe und Kindergeld für Vertriebene

Um dem Anstieg der Neuzugänge zu begegnen und Missbrauch zu vermeiden, plant die Regierung eine Neuregelung der Familienbeihilfe und des Kindergeldes für ukrainische Vertriebenen. Personen mit vorübernehmendem Aufenthaltsrecht haben laut **Bundeskanzleramt** Anspruch auf Familienbeihilfe für ihre Kinder, wobei diese Regelungen bis zum 31. Oktober 2025 gelten. Zu beachten ist, dass ein Antrag auf Familienbeihilfe beim Finanzamt erforderlich ist, und bereits angefangene Verfahren müssen zur Verlängerung erneut beantragt werden.

Die Anspruchsvoraussetzungen für die Familienbeihilfe sehen vor, dass die persönliche Situation der Vertriebene in Österreich als Lebensmittelpunkt anerkannt wird. Die erste Verlängerung des vorübergehenden Aufenthaltsrechts war bis März 2024, gefolgt von einer weiteren bis März 2025, und die jüngste bis März 2026. Damit wird ein gewisser rechtlicher Rahmen für die betroffenen Familien geschaffen, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Aktuelle Zahlen zur Asyl- und Migrationssituation

In einem breiteren Kontext ist die Asylsituation in Österreich ebenfalls von Rückgängen geprägt. Im April 2025 wurden nur 3.593 positive Asylentscheidungen getroffen, was einen Rückgang von 62 Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit Anfang 2021. Die

meisten positiven Entscheidungen wurden Afghan:innen, gefolgt von somalischen Asylbewerber:innen, zugesprochen. Syrische Asylsuchende verzeichneten einen Rückgang von 98 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, was die steigenden Herausforderungen in diesem Bereich verdeutlicht, wie **ÖIF** berichtet.

Die Entwicklung der Asylanträge zeigt ebenfalls einen Rückgang von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, während bemerkenswert ist, dass 51 Prozent der Anträge von Kindern stammen. Gleichzeitig sind nur 33 Prozent der Anträge von neu eingereisten Asylwerber:innen, was die Situation weiter verkompliziert.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.bundeskanzleramt.gv.at • www.integrationsfonds.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at